https://www.welt.de/wirtschaft/article245021922/Viessmann-Biden-lockt-deutsche-Hersteller.html?source=puerto-reco-2_ABC-V23.B_TRENDSCORE3 27.4.2023

Die Angst vor dem Ausverkauf der deutschen Heizungsindustrie

Der Viessmann-Deal ist ganz nach dem Geschmack von US-Präsident Joe Biden: Er hat es mit einem ausgefeilten Plan auf vielversprechende Hersteller von Wärmepumpen abgesehen. Gewerkschaften in Deutschland sehen die Felle schon davonschwimmen.

Es ist eine Übernahme, die die Branche wachrüttelt. Der hessische Heizungsbauer Viessmann verkauft seine Klimatechniksparte für zwölf Milliarden Euro an den US-Konzern Carrier Global – einschließlich des lukrativen Wärmepumpen-Geschäfts. Mit der Ankündigung geht jetzt die Sorge vor dem Ausverkauf der deutschen Heizungsindustrie einher. Und auch vor der Abwanderung von Produktion.

Denn andere Länder umwerben die vielversprechende Branche längst mit hohen Summen, allen voran die USA. So hat Präsident Joe Biden jetzt angekündigt, die Produktion von Wärmepumpen in den Vereinigten Staaten massiv ankurbeln zu wollen.

Im Rahmen der „Investing in America"-Strategie hat das US-Energieministerium jüngst ein Förderprogramm von immerhin einer Viertelmilliarde US-Dollar aufgesetzt, um die Herstellung in Amerika zu beschleunigen. Frei nach dem Motto: Wärmepumpen „Made in the US". Und das Programm soll erst der Anfang sein.

Die bereitgestellten Mittel sollen eine „saubere Energiewirtschaft aufbauen und gut bezahlte Arbeitsplätze in der Produktion schaffen", heißt es in einer aktuellen Stellungnahme der Regierung. Und auch im US-Energieministerium ist man sicher, dass die 250 Millionen Dollar gut investiert sind: Das Förderprogramm sorge dafür, dass die Amerikaner im ganzen Land die Vorteile spüren werden. …….

Gewerkschaften in Deutschland sehen die Felle hingegen schon davonschwimmen. Die IG Metall verlangt von der Bundesregierung jetzt auch eine entschiedenere Standortpolitik für die Energie- und Wärmebranche. Diese sei mit ihrem Wissen unverzichtbar für das Gelingen der Energie- und Wärmewende, sagte das geschäftsführende Vorstandsmitglied Wolfgang Lemb am Mittwoch. …….

Das wird ein großer Trend sein, über den man viel reden wird, nämlich der Übergang zu Wärmepumpen in Europa", sagte Dave Gitlin, Chef des Viessmann-Käufers Carrier Global, bereits im Sommer vergangenen Jahres gegenüber Investoren. Man sei zuversichtlich, mit überzeugenden Angeboten auf dem europäischen Markt für Wärmepumpen für Privathaushalte zu wachsen. Das US-Förderprogramm für Hersteller soll sich aber langfristig auszahlen. Denn Präsident Biden will die Wärmepumpe auch für amerikanische Haushalte attraktiver machen. …….

https://pleiteticker.de/der-graichen-clan-das-lobby-netz-hinter-habecks-waermepumpen-gesetz/ 26.4.2023

Der Graichen-Clan: Das Lobby-Netz hinter Habecks Wärmepumpen-Gesetz

…….Um Habecks radikale „Wärmewende" zu rechtfertigen, beruft sich sein Ministerium im Gesetzesentwurf auf eine Studie, die aus dem eigenen grünen Lobby-Umfeld inklusive familiärer Verbandelung mit seinen Staatssekretären stammt und dabei viele der Forderungen der Ampel recycelt.

Jede neue Heizung ab 2024 soll 65 Prozent aus erneuerbarer Energie kommen und dafür sollen jährlich 500.000 neue Wärmepumpen installiert werden – genau diese Forderung wiederholt Habeck und die Ampel schon seit Anfang 2022.

Genau dieses Vorhaben unterfütterten Klima-Lobbyisten aus dem persönlichen und familiären Umfeld von Habecks Staatssekretär Patrick Graichen und dessen Schwager, der Parlamentarische Staatssekretär

Michael Kellner, mit Expertenmeinungen und lieferten es als Studie ab, auf die sich dann wieder das Wirtschaftsministerium für das Wärmepumpen-Gesetz berief.

Die grüne Lobby-Drehtür: Graichen war bis vor kurzem einer der grünen Top-Lobbyisten des Landes. Er wechselte nahtlos vom Bundesumweltministerium zur Chef-Stelle beim Klimalobby-Think Tank Agora Energiewende – und jetzt wieder zurück in Habecks Ministerium. Acht Jahre lang war er Exekutivdirektor und Geschäftsführer von Agora. Mit mehr als 100 Mitarbeitern und einem Budget von zuletzt fast 19 Millionen Euro ist Agora ein Schwergewicht der Klima-Think Tanks.

Im Auftrag von ehemaligen Graichen-Untergebenen: Agora Energiewende war es auch, dass 2022 eine Studie zu Wärmepumpen in Auftrag gab, die später prominent in Habecks Gesetzesentwurf auftauchte.

Graichens ehemalige Untergebene beauftragten also eine Studie, die sein Lieblingsprojekt im Wirtschaftsministerium untermauert. Die Studie „Durchbruch für die Wärmepumpe" fordert viele der Punkte, die die sich dann wieder in Habecks Gesetz wiederfanden, darunter vor allem das rigorose Festschreiben des Anteils von 65 Prozent erneuerbarer Energien in Heizungen mit möglichst wenigen Ausnahmen und die Rechtfertigung des Ganzen unter Beruf auf „Energiesouveränität" angesichts des Ukraine-Kriegs. Dass Habeck den Wärmepumpen-Plan schon vor dem Krieg verfolgte: Schwamm drüber. Hauptsache der Kreis Habeck – Graichens Think Tank – Habecks Ministerium schließt sich.

Konkret zitiert wird die Studie im Entwurf als es um die Kosten für Wärmepumpen geht. Man führt den in der Studie angenommenen Kostenabfall um 40 Prozent als Grundlage für eine umstrittene Berechnung vor, die davon ausgeht, dass die Investitionskosten für Wärmepumpen nach 18 Jahren vollständig durch Einsparungen gegenüber Gasheizungen kompensiert werden. Insbesondere für die Annahmen, was Energiepreise angeht, geriet diese Rechnung in Kritik.

Eine Studie aus dem Hause Graichen für das Hause Graichen: Erstellt wurde die von Agora beauftragte Studie „Durchbruch für die Wärmepumpe" von dem Öko-Institut und dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE. Das Öko-Institut ist eines der weiteren Schlüsselorganisationen im Klima-Filz rund um Habecks Ministerium.

Denn dort arbeiten zwei Geschwister von Staatssekretär Patrick Graichen, nämlich sein Bruder Jakob Graichen und seine Schwester Verena Graichen, die mit Staatssekretär Michael Kellner verheiratet ist. Die beiden Graichen-Geschwister sind „Senior Researcher" in der Abteilung „Energie & Klimaschutz" des Think Tanks – just in der gleichen Abteilung, aus der auch die zwei Autoren der Studie stammen.

Worauf es ankommt: Habecks Wärmepumpen-Gesetz beruft sich in zentralen Punkten auf eine Studie beauftragt vom Ex-Arbeitgeber seines Staatssekretärs Graichen, dessen Chef dieser acht Jahre lang war, und durchgeführt von einem Institut in dem ausgerechnet zwei Graichen-Geschwister in der entscheidenden Abteilung Seite an Seite mit den Autoren arbeiten.

Der Interessenskonflikt ist hier nicht von der Hand zu weisen. Selbst bei dem Koalitionspartner FDP spricht man da inzwischen schon von „Clanstrukturen", wie Bundestagsvize Kubicki das Netzwerk Graichen betitelt. Posten, Studien, Gesetze werden alle in einem grün-familiären Dunstkreis befüllt. Abweichende Meinungen, kritische Perspektiven: Unerwünscht in Habecks grünem Orbit. Stattdessen bleibt alles in der Familie – sei es die große Familie der Klimalobby oder eben der von Habecks rechter Hand, Patrick Graichen.

https://www.n-tv.de/wirtschaft/der_boersen_tag/21-000-Wohnungen-Vonovia-verkauft-milliardenschweres-Immobilienpaket-article24079336.html 26.4.2023

21.000 Wohnungen: Vonovia verkauft milliardenschweres Immobilienpaket

Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia verkauft für eine Milliarde Euro eine Minderheitsbeteiligung an seinem "Südewo"-Wohungsportfolio in Baden-Württemberg an den US-Finanzinvestor Apollo. Die Transaktion könnte eine Signalwirkung für den kriselnden deutschen Immobilienmarkt haben, in dem es angesichts hoher Zinsen und fallender Immobilien-Preise in den vergangenen Monaten kaum noch zu größeren Verkäufen gekommen war.

Die Transaktion bewerte das Südewo-Portfolio mit 3,3 Milliarden Euro, was einen Abschlag von weniger als fünf Prozent auf den Fair Value der Südewo zum 31. Dezember 2022 bedeute, teilte Vonovia mit. Vonovia werde das über 21.000 Wohnungen umfassende Portfolio weiter bewirtschaften.

Mit dem Erlös generiere Vonovia rund die Hälfte des angestrebten freien Cashflows aus der Veräußerung von Vermögenswerten in Höhe von zwei Milliarden Euro. Der Verschuldungsgrad Vonovias (LTV) werde voraussichtlich um einen Prozentpunkt auf 44,1 Prozent sinken.

Vonovia-Chef Rolf Buch hatte angesichts der Krise am Immobilienmarkt angekündigt, dass sich Vonovia nach dem Expansionskurs der vergangenen Jahre von Wohnungen trennen will. Vonovia hatte dafür Pakete mit einem Volumen von rund 13 Milliarden Euro identifiziert.

……..

https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/lauterbach-keine-heizungstauschpflicht-fuer-kliniken-und-heime,TcE2hq1 23.4.2023

Lauterbach: Keine Heizungstauschpflicht für Kliniken und Heime

…..Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will beim geplanten Verbot neuer Öl- und Gasheizungen großzügige Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen durchsetzen.

Aussetzung der Austauschpflicht möglich

"Wir werden nicht zulassen, dass steigende Energie- und Heizkosten Krankenhäuser in ihrer Existenz gefährden", sagte Lauterbach der "Bild am Sonntag". "Der Staat garantiert die Daseinsvorsorge. Dazu gehört auch, dass wir Defizite ausgleichen, die selbst gut arbeitende Kliniken nicht zu verantworten haben", fügte der SPD-Politiker hinzu.

Konkret soll es den genannten Einrichtungen demnach möglich sein, auch nach Inkrafttreten des novellierten Gebäudeenergiegesetzes (GEG) den Einbau einer neuen Gasheizung zu beantragen, wenn die Investitionen eine unverhältnismäßige Belastung für die Gesundheitseinrichtungen darstellen und die Aufrechterhaltung des Betriebs gefährdet wird. Die Austauschpflicht wäre damit ausgesetzt.

Zusätzliche Zuschüsse für gestiegene Kosten

Zudem sollen den Einrichtungen 2,5 Milliarden Euro zusätzlich als Ausgleich für Steigerungen indirekter Energiekosten wie etwa gestiegene Kosten für Wäschereien zur Verfügung gestellt werden, wie die Zeitung unter Berufung auf Lauterbach schreibt.

https://www.welt.de/wirtschaft/article245011950/PFAS-Verbot-Maschinenbau-und-Chemie-in-existenzieller-Gefahr.html 26.4.2023

EU will „Ewigkeits-Chemikalien" verbieten – Maschinenbau fürchtet um die Existenz

Die EU plant ein Verbot für sogenannte PFAS. Die Chemikalien gelten als gefährlich, sind aber in etlichen Alltagsgegenständen und vor allem in Industrie-Produkten enthalten. Die Industrie fordert nun ein Gegenlenken – sonst drohe auch die deutsche Wirtschaft ins Chaos zu stürzen.

Stefan Munsch macht sich Sorgen um sein Unternehmen. „Wenn das alles so kommt, wie es aktuell geplant ist, dann können wir zumachen", sagt der Inhaber und Geschäftsführer des Maschinenbauers Munsch Chemie-Pumpen aus dem rheinland-pfälzischen Ransbach-Baumbach. „Und mit uns auch der restliche Maschinenbau und die gesamte Chemieindustrie."

Grund für diese fatalistische Einschätzung ist ein Vorstoß der Europäischen Union (EU) für ein Verbot von sogenannten PFAS. Diese Abkürzung steht für per- und polyfluorierte Alkylverbindungen.

Das sind künstlich hergestellte Chemikalien, die sich nach Stand der Wissenschaft in der Umwelt anreichern können und nur sehr langsam abgebaut werden. „Je nach Stoff überdauern sie mehrere Jahrzehnte bis Jahrhunderte in der Umwelt", sagte Wiebke Drost, die PFAS-Expertin beim Umweltbundesamt (UBA). Die entsprechenden Substanzen werden deswegen auch als Ewigkeitschemikalien bezeichnet.

Immerhin gut 10.000 verschiedene Stoffe gehören zur Gruppe der PFAS. Und die kommen unter anderem in Alltagsgegenständen wie Kleidung, Kosmetik oder Pfannenbeschichtungen vor, insbesondere aber in technischen Anwendungen und Prozessen, etwa in Dichtungen, Schläuchen, Armaturen, Pumpen, Ventilen, Kompressoren und Beschichtungen.

…..Von einem kleinen Teil der Substanzen weiß man inzwischen, dass sie schädlich sind. Für den Rest dagegen ist das bislang noch nicht nachgewiesen.

Dennoch soll das Verbot direkt für alle 10.000 Stoffe gelten, maßgeblich vorangetrieben unter anderem vom UBA und dem Bundesumweltministerium. ……..

Die Industrie hält diese Initiative für unverhältnismäßig und ist höchst alarmiert. „Wir unterstützen das grundsätzliche Ziel, gefährliche PFAS nicht in die Umwelt gelangen zu lassen", sagt Thilo Brodtmann, der Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA).

„Die geplante Regulierung hat aber erhebliche Schwachstellen", kritisiert er im WELT-Gespräch. So werde zu Beispiel kein Unterschied gemacht zwischen Anwendungen und Produkten, bei denen PFAS direkt in Umwelt

gelangen können und solchen, bei denen Bauteile mit PFAS tief im Inneren etwa einer Maschine verbaut sind.

Und nicht nur der mögliche Eintragsweg in die Umwelt müsse berücksichtigt werden, gibt Brodtmann zu bedenken. „Es gibt unter den PFAS auch Substanzen, die stabil sind und sich nicht abbauen." ……

https://www.agrarheute.com/management/recht/holzheizungen-verboten-neuen-gebaeudeenergiegesetz-606003 21.4.2023

Holzheizungen werden verboten – im neuen Gebäudeenergiegesetz

Der Einbau von Holzheizungen wird im neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) verboten. Ausnahmen gelten nur bei der Kopplung mit einer Solaranlage. Und beim Einsatz in „alten Gebäuden." Dagegen gibt es massiven Widerstand, von Heizungsbesitzern und von den Waldbesitzern.

Der Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) enthält auch ein Verbot von Holzheizungen im Neubau. Für Holzheizungen (wie Pelletheizungen) wurden die Anforderungen so verschärft, wie sie aktuell bereits für die Förderung gelten. Der Einbau soll künftig nur noch erlaubt sein, wenn die Holzheizung mit einer Solaranlage für die Warmwasserbereitung (Solarthermie oder Photovoltaik) kombiniert wird. Außerdem muss die Anlage mit einem Staubfilter ausgestattet werden.

„Mit der Diskriminierung der erneuerbaren Holzenergie gefährdet die Bundesregierung die nachhaltige Waldpflege in Deutschland", sagte Irene Seling, Hauptgeschäftsführerin der Waldeigentümer (AGDW). Derzeit stammen zwei Drittel der erneuerbaren Wärme hierzulande aus Holz. Für die Waldeigentümer ist die Vermarktung von Restholz, dass nicht höherwertiger verwendet werden kann, als Brennholz eine wichtige Einnahmequelle, um den klimaresilienten Waldumbau zu finanzieren.

„Wir rufen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages dazu auf, diesem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern", sagte Seling. Holzenergie sei nicht nur klimafreundlich, bezahlbar und nachhaltig, sondern biete auch hohes CO2-Einsparpotential: Mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz

können andere fossile Energieträger wie Erdöl oder Gas ersetzt werden. Das Gesetzgebungsverfahren ist aber noch nicht am Ende angekommen.

Nach dem Bundeskabinett müssen auch noch Bundestag und Bundesrat zustimmen - und das soll noch vor der Sommerpause passieren, damit das neue GEG Anfang 2024 in Kraft treten kann. Änderungen an den Gesetzesplänen sind also noch möglich. ……

https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703155/Gruene-Bananenrepublik-Ampel-bereitet-Stromabschaltungen-und-massive-Preistreiberei-vor 20.4.2023

Ampel bereitet Stromabschaltungen und massive Preistreiberei vor

Mit dem verpflichtenden Einbau von intelligenten Stromzählern wird das Scheitern der Energiewende amtlich eingestanden. Deutschland wird energiepolitisch zum Entwicklungsland. Bezahlschranke.

https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/digitale-energiewende-2157184 20.4.2023

Neustart für die digitale Energiewende

Die Bundesregierung will den Einbau intelligenter Strommessgeräte schneller voranbringen. Die Systeme helfen dabei, Energie effizient und kostengünstig zu nutzen sowie das Stromnetz zu entlasten – ein wichtiger Baustein der Energiewende.

Mit dem Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende soll der Einbau intelligenter Strommesssysteme – sogenannter Smart-Meter – unbürokratisch und schneller möglich sein. Der Bundestag hat das Gesetz am 20. April 2023 beschlossen.

„Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der stärkere Einsatz von Elektroautos im Verkehrsbereich und Wärmepumpen in Gebäuden erfordern eine intelligente Verknüpfung von Stromerzeugung und -verbrauch. Unser zukünftiges Energiesystem wird wesentlich flexibler und damit auch komplexer werden und dafür brauchen wir Smart-Meter und

eine Digitalisierung der Energiewende", betonte Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz.

Smart-Meter ermöglichen es, den Stromverbrauch beziehungsweise die Einspeisung effizient zu steuern. Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten klare Informationen über ihren eigenen Verbrauch. Netzbetreiber können die Netzauslastung besser überwachen.

Die Einführung dieser intelligenten Systeme geht allerdings nicht mit der Geschwindigkeit voran, die für die Energiewende benötigt wird. Die Bundesregierung sorgt daher für Beschleunigung, indem sie das Messstellenbetriebsgesetz anpasst. ……..

Ab 2025 ist der Einbau von intelligenten Messsystemen verpflichtend für Haushalte mit einem Jahresstromverbrauch von über 6.000 Kilowattstunden oder einer Photovoltaik-Anlage mit mehr als sieben Kilowatt installierter Leistung. Bis 2030 sollen alle diese Abnehmer entsprechend mit Smart-Metern ausgestattet sein. Auch Haushalte, die weniger Strom verbrauchen, haben das Recht auf Einbau eines intelligenten Stromzählers. …….

https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703158/EU-beschliesst-weitreichende-Klima-Steuern-und- 20.4.2023

EU beschließt weitreichende Klima-Steuern und Vorgaben

Das EU-Parlament hat in drei Bereichen weitreichende Vorgaben und Steuern für die Wirtschaft erlassen.

Das EU-Parlament hat am Dienstag in Straßburg mit großer Mehrheit für mehrere Klima-Gesetze gestimmt. Hinter technischen Namen wie Emissionshandel, CO2-Grenzausgleich und Klimasozialfonds verbergen sich wichtige Neuerungen.

Worum es geht

Die EU will ihre CO2-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 senken und bis 2050 klimaneutral werden. Die drei Bereiche, über die das

EU-Parlament nun abgestimmt hat - der Emissionshandel, der Klimasozialfonds und der CO2-Zoll - gelten als Herzstück des „Fit for 55"-Pakets, das die Europäische Kommission im Sommer 2021 zum Kampf gegen den angeblichen Klimawandel vorgestellt hatte.

Emissionshandel wird verschärft

Der Emissionshandel ist ein zentrales Instrument für europäischen „Klimaschutz". Dabei müssen etwa Unternehmen Verschmutzungszertifikate kaufen, wenn sie CO2 auszustoßen. Das soll einen Anreiz dafür schaffen, weniger CO2 zu produzieren. Dieses System wird nun verschärft: Die Zahl der Verschmutzungsrechte soll schneller verringert werden als bislang vorgesehen. Kostenlose Zertifikate für Unternehmen würden demnach bis 2034 schrittweise auslaufen.

Auch die Treibhausgasemissionen aus der Schifffahrt werden künftig berücksichtigt. Das System soll zudem auf das Heizen von Gebäuden und den Verkehr ausgeweitet werden.

Für Deutschland hat das wenig Auswirkungen: Hier gilt der Emissionshandel bereits für diese Bereiche. «Für den deutschen Mittelstand ist die Regelung ganz wichtig, weil jetzt endlich Wettbewerbsgleichheit besteht», sagte der zuständige Berichterstatter Peter Liese (CDU). Er sprach vom «größten Klimaschutzgesetz aller Zeiten». ……..

Klimasozialfonds gegen höhere Kosten

Höhere Kosten für Verbraucher durch die Energiewende, wie steigende Heizkosten, sollen ab 2026 durch einen Fonds über 86,7 Milliarden Euro abgefangen werden. Damit können Haushalte entlastet oder Investitionen, etwa in effizientere Gebäude oder öffentliche Verkehrsmittel, finanziert werden. Der Fonds soll zu drei Vierteln durch Einnahmen aus dem Emissionshandel und zu einem Viertel durch die Mitgliedstaaten gespeist werden. ……..

Die Steuer auf das CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM) wird eingeführt, um das durch die ETS-Steuer hervorgerufene Risiko der Verlagerung von CO2-Emissionen zu verringern, indem Hersteller in Nicht-EU-Ländern dazu angehalten werden, ihre Produktionsprozesse umweltfreundlicher zu gestalten. Ist es nicht merkwürdig, eine neue Steuer einzuführen, um die Probleme der vorherigen Steuer zu mildern? ……..

https://amp.focus.de/immobilien/oekodesign-verordnung-der-eu-habeck-hoch-2-der-neue-heiz-hammer-aus-bruessel-setzt-noch-einen-drauf_id_191978179.html 27.4.2023

Ökodesign-Verordnung der EU

Der neue Heiz-Hammer aus Brüssel setzt noch einen oben drauf

In der Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist eines bislang völlig untergegangen: Die Pläne der EU, die Ökodesign-Verordnung für Raumheizgeräte und Kombiheizgeräte zu überarbeiten. Diese würden die Regelungen des GEG sogar noch toppen, warnt der Deutsche Verband Flüssiggas.

Das neue GEG aus den Bundesministerien von Robert Habeck (Wirtschaft, Grüne) und Klara Geywitz (Bauen, SPD) hat unter Millionen Immobilienbesitzern und Mietern in Deutschland zuletzt für Zündstoff gesorgt. In der Ampel-Koalition krachte es insbesondere zwischen Grünen und FDP heftig. Trotzdem beschloss das Kabinett die Novelle vergangene Woche. Die Debatte geht demnächst im Bundestag weiter.

Der Deutsche Verband Flüssiggas macht unterdessen auf eine weitere Entwicklung aufmerksam: Die EU-Kommission überarbeitet derzeit die Ökodesign-Verordnung für Raumheizgeräte und Kombiheizgeräte. Laut Verband würden diese Pläne in ein Verbot von neu aufgestellten Gas-Heizungen münden - und zwar bereits ab 2029. Das würde auch Öko-Gas-Heizungen betreffen, für die sich zuletzt die FDP so stark gemacht hat.

In Deutschland heizen 650.000 Haushalte vorwiegend im ländlichen Raum mit Flüssiggas. Nicht nur ihnen drohen immense Umrüstkosten. Andreas

Stücke, Hauptgeschäftsführer des Flüssiggas-Verbands, warnt im Interview mit FOCUS online vor dem bislang unbekannten Brüsseler Heiz-Hammer und bezieht auch klar Stellung zum GEG.

FOCUS online: Herr Stücke, wie blicken Sie auf die geplanten Änderungen am GEG?

Andreas Stücke: Wir alle wissen, dass der Verbrauch von fossilen Energien zurückgehen muss. Gleichzeitig ist es so, dass bei Bestandsgebäuden durch die neuen gesetzlichen Regelungen, die ja nun noch durchs Parlament müssen, im Fall einer Heizungsmodernisierung enorme Investitionskosten anfallen können – für die Eigentümer und letztlich auch für die Mieter. Das ist eine Frage, die sozialen Sprengstoff beinhaltet. Der jetzige GEG-Entwurf ist sehr hart.

Doch aus Brüssel droht schon das nächste Ungemach: die Ökodesign-Durchführungsverordnung für Raumheizgeräte und Kombiheizgeräte soll erneuert werden. Welche Folgen hätten die Pläne?

Stücke: Sie würden die Regelungen des GEG aushebeln und damit die Technologieoffenheit noch weiter einschränken. Der derzeitige Entwurf mündet in einem Verbot des Inverkehrbringens von einzeln aufgestellten Heizkesseln ab 2029 – auch solchen zum Betrieb mit erneuerbaren Gasen.

Mit welchen Folgen?

Stücke: Wir haben die Sorge, dass damit im Prinzip versucht wird, noch eins obendrauf zu setzen – auf die EU-Gebäuderichtlinie, aber auch auf das deutsche Gebäudeenergiegesetz.

Was ist konkret geplant?

Stücke: Konkret vorgesehen ist eine gestufte Verschärfung der Mindesteffizienzanforderungen für verschiedene Arten von neu eingebauten Heizgeräten. Die verlangte Effizienz von Gas-Brennwertgeräten wird ab 2029 auf 115 Prozent gesetzt. Diese Anforderung können brennstoffbasierte Heizkessel aber physikalisch gar

nicht erfüllen. Das Maximum sind 98 Prozent, folglich verschwänden diese Geräte perspektivisch vom Markt. Selbst das harte Korsett des GEG-Entwurfs gibt sich weniger strikt. Aus unserer Sicht ist das ein massiver Einschnitt, der bislang in der Öffentlichkeit noch gar nicht groß angekommen ist. …….